

Pressepiegel

BNN Bruchsal
BNN Bretten
BNN Kreissseite
Bretterer Woche
Kurier

☒ ☐ ☐ ☐ ☐

Pforzheimer Zeitung
Mühlacker Tageblatt
Handelsblatt
IHK
Wochenblatt
Amtsblatt Stadt Bruchsal

☐ ☐ ☐ ☐ ☐

www.ka-news.de
www.bruchsal-net.de
www.bruchsal.org.de
www.bruchsal-xl.de
www.landfunk.de

☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Datum 2. Juli 2010



Bruchsal

„Sparpaket ist keine gerechte Antwort auf die Krise“

Nationaler Lastenausgleich und Transaktionssteuer gefordert / Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal

Bruchsal (hüb). Die Finanz- und Wirtschaftskrise, das Sparpaket der Bundesregierung sowie die daraus resultierenden Folgen für die Beschäftigten waren Themen der Delegiertenversammlung der IGM in St. Anton. Zu Beginn berichtete der erste Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal, Eberhard Schneider, über die Aktivitäten und Aktionen der vergangenen Wochen, über Kundgebungen, Verhandlungen mit in Schlichtage geratenen Firmen in der Region sowie über Betriebsratswahlen in 34 Unternehmen. Wichtig in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, betonte Schneider, sei es, Solidarität der Beschäftigten zu erhalten. Daher sei es notwendig, neue Mitglieder für die IG Metall in den Betrieben zu werben.

Deutliche Kritik äußerte der 1. Bevollmächtigte am Sparpaket der Bundesregierung. Am 13. November dieses Jahres wird die IG Metall zu einer Großdemonstration in Stuttgart gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung aufrufen, an der sich auch viele Mitglieder der örtlichen IG Metall beteiligen werden. Geplant sei weiter, die Politiker in der Region zum Nachdenken anzuregen, eine Aktion dazu soll nach der Sommerpause starten.

Es könne nicht sein, sagte Schneider, dass ausgerechnet die Schwächsten der Gesellschaft, die an der Krise nicht schuld seien, am stärksten herangezogen würden, um deren Auswirkungen zu meistern, während die Verursacher der Krise geschont würden. Daher fordert die IG Metall die Bundesregierung auf, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, endlich den Verursachern die Lasten aufzubürden. Konkret wird gefordert: Ein nationaler Lastenausgleich durch eine Abgabe auf

Vermögen, weiter eine Besteuerung hoher Einkommen, eine Transaktionssteuer, um Spekulationen künftig zu erschweren, ferner lehnt die IG Metall Kürzungen bei Arbeitslosen, Familien und der Arbeitsmarktpolitik ab. Ablehnend steht man auch der Kopfpause im Gesundheitswesen gegenüber, da auch hier der einfache Arbeitnehmer die Zechen zahlen müsste.

Der Fachvortrag von Wilfried Kurtzke vom IG Metall Vorstand widmete sich aktuell dem Thema Finanzkrise – Wirtschaftskrise – Eurokrise. Als Ursache nannte er die Ungleichgewichte der Märkte als Motor der Spekulation, die zu einem Einbruch in den Finanzmärkten führten. Deren Folgen bewirkten eine Verschiebung zwischen Kapital und Arbeit, das Kapital wird mehr, die Arbeit weniger. Ein weiterer Grund sei der massiven Deregulierung

geschuldet, die einen freien Kapitalverkehr zuließe. Die Krise, hieß es, sei die Folge eines spekulativen aufgeblähten Wirtschaftswachstums in den USA und eine weltweit kreditfinanzierte Massenspekulation. Durch Werteverkauf fauler Kredite (Verbrieftung), weitete sich die Krise durch eine enge Verzahnung der Einzelwirtschaften und Finanzströme global aus.

In den letzten Monaten, war zu erfahren, zeigte sich eine schwache Aufwärtsentwicklung, weil staatlich gegengesteuert würde, dennoch sei die Krise noch nicht überwunden. Daher müsste das Instrument der Kurzarbeit weiterhin genutzt werden. Erschwerend wirkte sich die Krise in Griechenland aus. Dringend sei eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU geboten.